

(Präsident.)

- (A) (Nr. 257.) Druckeremplare einer Petition des Vorstands des Vereins sächsischer Realschullehrer zu Leipzig, die Gehaltsverhältnisse der Realschullehrer betr.

**Präsident:** Zu verteilen.

Für die heutige Sitzung hat sich der Herr Abg. Günther wegen Teilnahme an den Verhandlungen des Reichstages entschuldigt.

Wir treten in die Tagesordnung ein: „Fortsetzung der gestrigen Beratung.“

Ich eröffne die Debatte und gebe das Wort dem Herrn Abg. Ulrich.

- Abg. **Ulrich:** Meine sehr geehrten Herren! Die Wahlrechtsfrage gehört zweifellos zu den großen brennenden Fragen unserer Zeit, deren Beantwortung man insbesondere vom Parlamentarismus erwartet. Die Frage ist brennend überall, in allen unter Mitwirkung des Parlaments regierten Ländern. Große Geister aller Nationen haben sich bemüht, diese schwere Aufgabe zu erfüllen; und doch ist sie ein Problem, ein Rätsel geblieben, welches immer noch seiner endgültigen, alle Beteiligten befriedigenden Lösung harret. Brennend ist die Frage sowohl in den Ländern, die eben erst von der Kultur notdürftig beleckt worden sind, wie auch in Staaten, die schon längst einer parlamentarischen Mitregierung sich erfreuen, wie z. B. England. Dort ist es das schöne Geschlecht, welches stürmisch an die Pforten des Parlaments klopft und Einlaß begehrt. Meine Herren! In Deutschland speziell scheint es, als ob die Frage des Wahlrechtes überhaupt nie von der Tagesordnung verschwinden würde, was zweifellos daran liegt, daß wir neben dem Reiche eine Anzahl Einzelstaaten haben, die in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen untereinander verschieden sind und wo infolgedessen die Wahlrechtsfrage öfter eine Rolle spielt und verschieden beantwortet werden muß.

Wenn gestern betont worden ist, daß diese Frage wohl nie in voll befriedigender Weise Beantwortung finden würde, so halte ich das für richtig.

Was nun das Wahlrecht hier in unserem engeren Vaterlande anlangt, so ist wohl anzunehmen, daß es nach der entgegenkommenden Haltung, die sowohl die hohe Staatsregierung, als auch die ausschlaggebenden Parteien in diesem Hause eingenommen haben, zu einem Kompromiß kommen wird, derart, daß aus der Regierungsvorlage, wenn auch vielleicht in umgestalteter Form, doch noch etwas Brauchbares werden wird, ein Gesetz, das den Verhältnissen des sächsischen Volkes so angepaßt ist, daß es mit einiger Aussicht auf Dauer aus

den Beratungen dieses hohen Hauses und zunächst des Sonderausschusses hervorgehen wird.

Meine Herren! Es wäre verfehlt, wenn man sich über die Aussichten, die dieser Gesetzentwurf in der Sonderkommission hat, eingehenden Betrachtungen in bezug auf Einzelheiten hingeben wollte. Ich glaube, hier sind weder optimistische Prophezeiungen am Platze, noch pessimistische Kassandrarufer. Aber wenn alle Parteien ehrlich sich bemühen, etwas zustande zu bringen, so bin ich überzeugt, daß auch etwas Brauchbares zustande kommen wird.

Der Hauptvorwurf, der insbesondere von der äußersten Linken dem Regierungsentwurfe und auch den Anregungen der anderen Parteien gemacht worden ist, ist der, daß das neue Wahlrecht offenbar zugeschnitten werden sollte auf die Verhältnisse, wie sie in Sachsen durch die Stärke der sozialdemokratischen Partei geschaffen worden sind. Das gebe ich ohne weiteres zu, ein solches Bestreben halte ich aber für natürlich, für vernünftig und deshalb auch für zweckmäßig. Es ist selbstverständlich, daß man die Sozialdemokratie und ihre Macht bei der Schaffung eines Wahlgesetzes in Sachsen nicht ignorieren kann. Die pathetische Frage des Vertreters der Sozialdemokratie in diesem hohen Hause: Weshalb heucheln Sie denn? Weshalb geben Sie denn nicht zu, daß das neue Wahlrecht namentlich in Hinblick auf die Machtverhältnisse der Sozialdemokratie eine besondere Gestaltung erhalten soll?“ war meines Erachtens vollkommen überflüssig. Ich habe niemand in diesem Hause gesehen und gehört, der abgeleugnet hätte, daß wir in der Tat Rücksicht auf diese Verhältnisse nehmen müssen. Niemand in diesem Hause heuchelt, sondern wir haben allseitig offen und ehrlich gesagt, daß wir bei dem neuen Wahlgesetze die Machtstellung der Sozialdemokratie besonders unter der Arbeiterschaft nicht ignorieren können.

(Zuruf: Ich nicht!)

Gut, so nehme ich Sie aus. Aber Sie werden wahrscheinlich auch noch zur Einsicht kommen, auch Ihnen wird noch der Star gestochen werden, auch Ihnen werden noch die Schuppen von den Augen fallen, dann werden Sie zu derselben Meinung gelangen wie andere einsichtige Mitglieder dieses Hauses.

Meine Herren! Es ist, glaube ich, Pflicht eines gesunden Selbsterhaltungstriebes, daß wir Rücksicht nehmen auf die Machtstellung der Sozialdemokratie bei